

12.03.2004

Landesregierung missachtet Engagement - Einstellung der Kleinstförderung zurücknehmen

Auf heftige Kritik bei den Landtagsgrünen stößt die vom niedersächsischen Finanzminister geplante Einstellung der Kleinstförderungen zum Ende des Jahres. Zwar habe Finanzminister Möllring in seiner Antwort auf eine grüne Anfrage anerkannt, dass die Förderbeiträge bei der Arbeit kleinerer gemeinnütziger Vereine und Initiativen "in aller Regel einen Nutzen stiften, der über den ursprünglichen Mitteleinsatz hinausgeht" und damit "ein hohes Maß an Selbsthilfe oder ehrenamtlichem Engagement erhalten oder initiiert werden kann". Trotzdem würde aber wegen des angeblich hohen Verwaltungsaufwandes grundsätzlich keine Kleinstförderung mehr zugelassen, sagte die sozialpolitische Sprecherin Ursula Helmhold am Freitag in Hannover.

Damit würden ab dem nächsten Jahr viele sinnvolle Initiativen, die mit einem Minimum an Aufwand zum Beispiel bei der Betreuung von älteren oder behinderten Menschen eine große Wirkung erzielen, nicht einmal mehr einen Unkostenausgleich bekommen oder Schulungen durchführen können.

"Für Menschen, die sich einsetzen, soll offensichtlich nur noch der warme Händedruck bleiben. Statt sie vor den Kopf zu stoßen und ihr Engagement zu missachten, sollte der Finanzminister besser überlegen, wie der Verwaltungsaufwand reduziert werden kann", sagte Helmhold und forderte die Landesregierung auf, über einen Kleinstförderfonds für die weitere Unterstützung gemeinnützigen Vereine und Initiativen zu sorgen.